

No. 14

6/4/81

Mensapreiserhöhung seit 16. Febr. 1981

# Was tun!?

Nun sind also 6 Wochen seit der Essenspreiserhöhung um 0,30 DM vergangen. Am 1. Tag der Preiserhöhung wurde von den Fachschaften durch Unterstützung des AStAs eine 1tägige Aktion durchgeführt. Auf Flugblättern wurden alle Mensabesucher aufgefordert am 16.2. die Ausgabeschalter zu "meiden". Auf Wandtafeln und in Diskussion mit den Kommilitonen wurden Informationen zu der Entwicklung der Mensapreise der Bafögsätze und über die allgemeine Situation der Studenten gegeben. An diesem Tag zeigte sich, daß viele Kommilitonen bereit sind an einem Boykott teilzunehmen. Eine länger andauernde Aktion konnte in den Semesterferien nicht durchgeführt werden, da die Leute wir viele andere auch dazu nicht die Zeit hatten.

## Urabstimmung

Im Sommersemester hatte das Studentenparlament beschlossen im Falle einer Mensapreiserhöhung eine Urabstimmung über einen Boykott zu machen. Eine Urabstimmung ist nur dann sinnvoll und darf nur dann erfolgen, wenn alle Studenten teilnehmen können. Dies wäre in den Semesterferien nicht möglich gewesen.

Sinn dieser Urabstimmung soll sein, ein duetliches Zeichen zu bekommen, ob Bereitschaft zur Teilnahme an einem Boykott besteht. Weiterhin ist eine breite Zustimmung zugleich ein deutlicher Protest gegen die Methoden des Kultusministers und des Studentenwerks.

### Urabstimmungstext:

Urabstimmung der Studentenschaft der THD vom 13.4. - 16.4.1981:

Ich bin für einen gewaltfreien, unbefristeten Boykott der Mensen:

Stadt und Lichtwiese. Der Boykott soll solange laufen, bis die Preiserhöhung um DM 0,30 zurückgenommen ist. Wöchentlich soll auf VVs über die Weiterführung des Boykotts entschieden werden.

## Was ist seit dem 16. Februar noch geschehen?

Wie es ja meistens kommt, kommt auch diese Beeinträchtigung der sozialen Lage der Studenten nicht allein. So erklärte Bundeskanzler Schmidt in Eintracht mit dem Bundeshaushaltsausschuß, der Wohnheimbau wird nicht mehr vom Bund finanziert. Das bedeutet von uns in Darmstadt, das Wohnheim in der Nieder-Ramstädter-Straße wird nicht ausgebaut. Das heißt 260 Wohnheimplätze bleiben in der Schublade.

Die Bundesregierung will den Studentenwohnheimbau ganz von den Ländern finanzieren lassen (bisher 50:50 %) hat aber noch keinen konkreten Vorschlag gemacht, wo dafür das Geld herkommen soll. Dies wird ihr aber auch schwerfallen, denn bis jetzt muß ja jede irgendwo abgezackte Mark zur Finanzierung der "Gedächtnislücken" (Tornados) von Bundesverteidigungsminister Apel bereitgestellt werden. Es werden aber nicht nur

vorerst keine Wohnheime mehr gebaut, sondern es wird noch dazu keine Bafögerhöhung geben. Von den schon lange ausstehenden Erhöhungen wie sie z.B. vom Deutschen Studentenwerksverband und der GEW gefordert werden, nämlich auf DM 750,-- Förderungshöchstsatz und DM 1.500,-- Elternfreibetrag werden so schnell nichts sehen. Stattdessen droht man eingehender Bespitzelung und Ausdehnung des Formalschleiß damit ja keine Mark in die Falschen Hände gerät - dies ist ein Schlag für jeden Bafög-Bezieher - in deren Hände sich selten genug Geld verirrt.

Dies alles zeigt, mit welcher "teuflischer" Konsequenz sich Bund und Land in die Hände arbeiten und versuchen den Bildungsbereich auszudrocknen. Dies soll auf Landesebene bis 1984 - welcher deutliches Datum - weitergehen, mindestens, denn weitere ähnliche Planungen liegen wahrscheinlich in der Schublade.

#### Bildungspolitik kein Schwerpunkt mehr?!

Daß dies so ist wissen wir schon mindestens seit den Haushaltsbeschlüssen, des hessischen Landtags und das oben geschriebene zeigt, daß Bildungspolitik ein Randgebiet mit zumindestens für die Politiker geringer Bedeutung geworden ist. Für uns, die es praktisch täglich erleben, welche Folgen eine Sparpolitik hat, sieht das natürlich anders aus. Angesichts der Verschlechterungen, die im Sommersemester noch mehr durchschlagen, als in früheren Semestern ist die Bedrohung unseres Studiums überdeutlich. Wir müssen aber auch fragen, wen betrifft eine Einschränkung im Hochschulbereich noch? Für den Bildungsbereich, denn die Hochschule ist Bestandteil desselben ist dies klar zu beantworten, ein funktionierendes und zwar gut funktionierendes Bildungssystem ist Voraussetzung für eine Weiterentwicklung unserer Gesellschaft und sollte somit im Interesse aller liegen.

Auch andere Bereiche werden finanziell kurz gehalten oder nicht beachtet. So besonders der Sozialbereich und die "Arbeitsplatzbeschaffung". Beispiele dafür sind der Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau und der Verzicht auf Konjunkturprogramme (z.B. verstärkte Investitionen im öffentlichen Bereich, die Arbeitsplätze schaffen könnten). Hier wird deutlich, daß ein großes Fordern von Verbesserungen im eigenen Bereich nur dazu führt, daß die verschiedenen Betroffenen (Gewerkschaften, BIs, Studenten u.a.) gegeneinander ausgespielt werden können.

#### Vertrauen in die "Selbstheilungskräfte" des Kapitalismus?

Seitens der Regierung verläßt man sich z.Z. darauf, daß irgendwann einmal die Konjunktur unschlägt und alles besser wird. Hier zeigt sich, wie im Vertrauen auf den "Kapitalismus" die Zukunft von 1 Million Arbeitslosen und die Bildungschancen der Jugend aufs Spiel gesetzt werden. Denn was ist es anderes, wenn man sich auf ein System verläßt, das von Kapitalinteressen und Profitmaximierung geprägt ist und nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist. Diese Perversion, Bedürfnisse des Systems über die der Menschen zu stellen, ist ein Indiz für die Unbrauchbarkeit des Systems.

#### Für eine gesicherte Ausbildung

Zur Zeit ist der Bildungsbereich den Schwankungen der Konjunktur unterworfen. Ziel muß also sein, diesen Bereich nach seinem tatsächlichen Bedarf auszustatten und wenn dies in diesem System nicht möglich ist, muß man darüber nachdenken dürfen, wie und wodurch die Bildung abzusichern ist.

#### NEUE GESCHÄFTSZEITEN DES AStA-BÜROS:

MO. - Fr.: 10. - 12.00 h

Di. + Do.: 14. - 16.00 h